

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Jeversches Wochenblatt  
1932**

186 (10.8.1932)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-388989](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-388989)

# Neuerliches Wochenblatt

Bezugspreis monatlich durch die Post 2.05 RM. einhalt. ...

## Niederländische Nachrichten



Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile über ...

Nummer 186      Jever i. D., Mittwoch, 10. August 1932      142. Jahrgang

## Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten gegen den Terror

### Ausführungsbestimmungen bringen härteste Strafen.

**11. Berlin, 9. Aug.** Die neue Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 9. August 1932 ist nunmehr erschienen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet: Die Vorschriften der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 29. 7. 1932 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 389) gelten auch für die Zeit vom 12. 8. 1932 bis zum Ablauf des 31. 8. 1932.

Neudruck, den 9. August 1932.  
Der Reichspräsident (gez.) von Hindenburg.  
Der Reichsminister des Innern Freiherr von Gayl.  
Der Reichsanwalt (gez.) von Papen.

Amlich wird weiter mitgeteilt:

Bei der Bekanntgabe der Juni-Verordnung gegen politische Ausschreitungen hat der Reichspräsident für den Fall des Wiederaufstehens politischer Gewalttätigkeiten neue scharfe Ausnahmeverordnungen angeordnet. Die letzten Wochen haben in Deutschland bisher unerhörte Gewalttätigkeiten gebracht. Reichspräsident und Reichsregierung haben sich daher entschlossen, zur Wiederherstellung des politischen Friedens von den härtesten Mitteln Gebrauch zu machen.

Politische Gewalttätigkeiten werden durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 9. August 1932 unter härteste Strafbestimmungen gestellt. Für die ernstesten Fälle wird die Todesstrafe angedroht.

Das geltende Recht sieht die Todesstrafe vor für den Mörder, der mit Leberlegung tötet, und für schwere Sprengstoffverbrechen. Künftig hat auch derjenige, der ohne Leberlegung in der Leidenschaft des politischen Kampfes aus Zorn und Haß einen tödlichen Angriff auf einen Gegner unternimmt oder einen Polizeibeamten oder einen Angehörigen der Wehrmacht tötet.

Auch der Mord mit dem Tode bestraft, der durch eine Brandstiftung oder ein anderes gemeingefährliches Verbrechen den Tod eines Menschen verursacht.

Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren trifft denjenigen, der eine schwere Körperverletzung durch Anwendung einer Schusswaffe oder bei einem tödlichen Angriff auf einen Polizeibeamten verursacht. Die gleiche Strafe trifft alle, die sich am Aufrubr der Landfriedensbrüche in erheblicher Weise beteiligen. Mit Zuchthaus wird künftig eine Reihe von Gewalttätigkeiten bestraft, die bisher nur mit leichten Strafen bestraft waren, alle aus politischen Beweggründen begangenen Körperverletzungen, wenn sie von mehreren gemeinschaftlich mit einer Waffe oder einem gefährlichen Werkzeug verübt sind, stehen künftig unter Zuchthausstrafe, ferner alle Gewalttätigkeiten, die mit Schusswaffen begangen werden, oder tätliche Angriffe auf einen Polizeibeamten, auch wenn er nur zu einer einfachen Körperverletzung geführt hat. Zuchthaus ist ferner angedroht für die schweren Fälle des Aufruhrs und des Landfriedensbruchs, und im Hinblick auf die Ereignisse der letzten Zeit für den aus politischen Beweggründen begangenen erwachsenen Hausfriedensbruch.

### Errichtung von Sondergerichten.

Um die neuen schweren Strafandrohungen mit Nachdruck zur Geltung zu bringen, hat die Reichsregierung für diejenigen Bezirke, in denen dafür ein Bedürfnis herorgetreten ist, im Benehmen mit der zuständigen Landesregierung Sondergerichte errichtet. Die Sondergerichte sind Gerichte des Bundes. Sie arbeiten nach einem beschleunigten Verfahren. Ihre Urteile sind keinem Rechtsmittel unterworfen und deshalb sofort mit ihrer Verkündung rechtskräftig und vollstreckbar. Neben den durch die Verordnung des Reichspräsidenten neu geschaffenen Tatbeständen sind den Sondergerichten grundsätzlich auch alle leichteren Fälle der im politischen Kampfe vorkommenden strafbaren Handlungen zugewiesen. Fälle von milderer Bedeutung sollen jedoch in der Regel den ordentlichen Verfahren zugeleitet werden. Es war erwogen, weitere strafverschärfende Bestimmungen gegen diejenigen zu treffen, die aus dem hintergründigen Willen zu Gewalttätigkeiten aufzureizen. Einleitend ist jedoch von einer solchen Maßnahme mit Rücksicht darauf abgesehen worden, daß 8. Juni 1932 bereits Befehle nicht unter drei Monaten für den andröht, der öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgereizt oder anreizt. Es wird nachdrücklich dafür geteilt werden, daß diese Strafverschärfung gegen jedermann, auch gegen die Presse, die zu einem Teil in letzter Zeit gehesht hat, unanschädlich zur Anwendung gebracht wird. An der Bewehrung sind auch neuerdings von verschiedenen Seiten Hoffnungen auf eine umfassende Amnestie erwakt worden. Die Reichsregierung erklärt, daß eine Amnestierung politischer Straftaten im schroffem Gegensatz zu ihrer mit den

neuen Verordnungen verfolgten Absicht stehen würde, politische Gewalttaten unanschädlich mit den härtesten Maßnahmen zu bestrafen. Sie wird diesen Standpunkt jedem etwa auftauchenden Wunsch nach einer Amnestie mit Nachdruck entgegensetzen.

### Strenger Vollzug der Festungshaft.

**11. Berlin, 9. August.** Amlich wird mitgeteilt: Im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Reiches gegen den politischen Terror ist eine schon seit längerer Zeit vorbereitete, auf dem Gebiete des Strafvollzugs liegende Reformarbeit zum Abschluß gebracht worden. Die Reichsregierung veröffentlicht im Reichsgesetzblatt eine Vereinbarung der Landesregierungen über den Vollzug der Festungshaft, die im Frühjahr dieses Jahres aufandegewonnen ist, nachdem ihre Entwürfe zunächst im Januar dieses Jahres mit den Strafvollzugsreferenten der Länder und dann im März im Reichspräsidentenrat des Reichspräsidenten durchgesehen worden waren. Die neuen Grundzüge tragen der erhöhten Bedeutung Rechnung, die die Festungshaft als Strafe für die leichteren Fälle des Hochverrats in den Nachkriegsjahren gewonnen hat. Sie gestalten den Vollzug der Festungshaft strenger, als es bisher war. Das von den Ländern anerkannte Bedürfnis dafür ergab sich aus schweren Missetaten, die eine Folge der weitgehenden Freiheiten der bisherigen Vollzugsmethode waren. Künftig soll es keinen unbeeinträchtigten Stadtausgang mehr geben und die bisher sehr ausgedehnte Bewegungsfreiheit der Gefangenen innerhalb der Anstalt wird in den neuen Vorschriften dadurch beschränkt, daß eine künftige beschleunigte Beschäftigungszeit und der Beschluß der Haftkammer während dieser Zeit eingeführt werden. Während der übrigen Tageszeit soll ein Hofraum zur Verfügung stehen, wenn es die Ordnung oder Sicherheit erfordert. Die neuen Grundzüge werden innerhalb von drei Monaten seit der Bekanntmachung zur Durchführung bringen.

### Verlängerter Zugriff in Kraft.

**11. Berlin, 9. August.** Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten verlängert die Bestimmungen der letzten Notverordnung vom 29. Juli, inwieweit als eine Ausdehnung des sogenannten Zugriffsbereiches einschließlich des Demonstrationsverbotes bis zum Ende des Monats. Die verschärften Strafbestimmungen, die die Reichsregierung auf Grund der Ermächtigung aus der Notverordnung vom Juni dieses Jahres erlassen hat, werden bereits am Mittwoch im Reichsgesetzblatt erscheinen und mit ihrer Verkündung in Kraft treten. Innerhalb der Einrichtung der Sondergerichte in Preußen wird bis dahin voraussichtlich gleichfalls genaues entschieden sein. Vorgesehen sind Sondergerichte für Ostpreußen, Schlesien, Berlin-Brandenburg, Schleswig-Holstein und das Ruhrgebiet. Als Richter werden nur Berufsrichter, keine Laienrichter, bestellt werden.

### Berliner Blätter zur Notverordnung gegen den Terror.

**11. Berlin, 10. August.** Zu der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten gegen den politischen Terror nehmen eine Reihe Berliner Blätter ausführliche Stellung. Die „Germania“ hält es für unverständlich, weshalb die Regierung länger als acht Tage gebraucht habe, um einzusehen, daß sich hinter den nackten Meldungen der sich häufenden Gewalttätigkeiten ein fast noch schlimmerer geistiger Terror verberge. Man werde den Gedanken nicht los, daß für die Verzögerung der jetzt unerläßlichen Maßnahmen politische Erwägungen mitbestimmend gewesen seien. — Die „Völkische Zeitung“ betont, alles komme darauf an, daß die neuen Bestimmungen mit wirklicher Unparteilichkeit rasch und einträglich in sich angeknüpften Maßnahmen einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Absichten. Sie würden wohl ausreichen, wenn den Anfangsdingen nunmehr die durchgreifende Tat folge. Sollen sie nicht genügen, bleibe nur der Ausnahmezustand. — Der „Vorwärts“ meint, man habe den Eindruck, daß hier ein großer Aufwand schmächtig vertan werde, ohne daß durch alle diese scharfen und härtesten Maßnahmen irgendeine der normale Zustand wiederhergestellt werde. — Der „Tag“ meint, es bleibe abzuwarten, ob der Ruf der Staatsmacht überall als das empfundene werde, was er bedeuere. — Die „Völkische Zeitung“ fordert die Verantwortung für die Härte dieser Maßnahmen. Die Verantwortung für die Härte der angeordneten Maßnahmen falle auf alle, die in den letzten Wochen die Leidenschaft aufbehalten oder ihren Ausdruck entzündeten. — Die „DZ.“ berichtet, daß sich das Reichsamt mit den in den nächsten Tagen dauernd weiter mit den innenpolitischen Fragen befassen wird. In politischen Kreisen werde erneut die Frage des Ausnahmezustandes sehr leb-

haft erörtert. Es könne kein Zweifel daran bestehen, daß der Ausnahmezustand erneut verhängt werde, falls etwa besondere Ereignisse das notwendig machen. Zu den Gerichten über Konzentrierung von SA-Gruppen rings um Berlin erfährt die „DZ.“, daß diese Maßregel von nationalsozialistischer Seite damit begründet werde, es habe sich empfohlen, die durch die Ereignisse der letzten Zeit außerordentlich beunruhigten SA-Leute aus der Hauptstadt herauszuführen. Die geplanten Vorzüge werden von den zuständigen Behörden des Reichs und Preußens laufend sorgfältig beobachtet. Es werde verhofft, daß alle Vorkehrungen getroffen seien, um etwaigen Ausschreitungen wirksam entgegenzutreten. Auch seien den nationalsozialistischen Führern entsprechende Warnungen erteilt worden. Offiziös wird erklärt, daß kein Anlaß zur Beunruhigung bestehe.

### Neue Gewalttate

#### Tödlicher Schuß auf einen Reichsbannerangehörigen.

**11. Dillenburg, 9. August.** Der 22jährige Reichsbannermann Siegfried Beh aus Hothhausen, Kreis Siegen, wurde, als er an das Fenster seiner Wohnung trat, durch einen von der Straße abgegebenen Schuß, der die Halschlagader traf, so schwer verletzt, daß er kurz darauf verstarb.

#### Kommuniste auf einem Kraftwagen niedergebrosen.

**11. Dortmund, 9. August.** Wie die Polizei mitteilt, wurde Dienstagabend aus einem Kraftwagen, an dem die Lichter ausgelöscht waren, auf mehrere vor einer Wirtschaft in der Heiligen Gartenstraße stehende Personen vier bis fünf Schüsse abgegeben. Der 23jährige Arbeiter Engelbert Keutner wurde von einer dieser Kugeln lebensgefährlich verletzt. Der Angehörige trug die Uniform des „Kampfbundes gegen den Faschismus“ mit der dazugehörigen roten Armbinde.

#### Handgranate in der Hand eines S.S.-Mannes explodiert.

**11. Reichenbach i. Culengebirge, 9. August.** In der Nacht zum Dienstag wollte der S.S.-Mann Jente, wie die Polizeiverwaltung Reichenbach mitteilt, auf den Reichsführer des sozialdemokratischen „Proletarier“ in Reichenbach, Reiche, der sich mit einem Freunde auf dem Heimweg befand, einen Handgranatenanschlag verüben. Die Handgranate explodierte aber noch in der Hand Jentes, riß die Hand ab und brachte Jente außerdem noch andere schwere Verletzungen bei, denen er auf dem Wege ins Krankenhaus erlag. Zwei nach den Angaben Reiches beteiligte Personen, konnten bisher nicht festgesetzt werden.

#### Anschläge in Lauban. — Ein Sozialdemokrat getötet.

**11. Görlitz, 9. August.** In Rüpper (Kr. Lauban)

### Kleine Nachrichten

Die am Dienstag beschlossenen Sondergerichte werden zunächst eingeleitet in Königsberg, Ebing, Kiel, Berlin, Bieslau, Hamm und Düsseldorf.

Da die neue Bürgerrechtsverordnung erst am 12. August in Kraft tritt, bleibt der 11. August der Verfassungstag, davon ausgenommen.

Das gesamte chinesische Kabinett ist im Anschluß an den Rücktritt des Finanzministers Jung zurückgetreten.

Die französisch-amerikanischen handelspolitischen Verhandlungen stoßen auf Schwierigkeiten, da herriot die Zollfragen mit dem Schuldensystem verbinden will, während Amerika die handelspolitischen Fragen mit der Währungsfrage zu verknüpfen sucht.

Die Polizei in Jella-Mehlis ist erneuten linksradikalen Waffenschiebungen auf die Spur gekommen und hat mehrere Verhaftungen vorgenommen. Nach politischer Mitteilung haben linksradikale Kreise auch aus anderen Orten Deutschlands den Versuch gemacht, in Jella-Mehlis in den Besitz von Waffen zu gelangen.

### Italiens neuer Botschafter in Berlin.



Vittorio Cerutti, bisher Botschafter in Rio de Janeiro, wird zum italienischen Botschafter in Berlin ernannt werden. Diesen Posten hat zur Zeit Graf Orfini Baroni inne, der mit einer anderen wichtigen diplomatischen Aufgabe betraut werden soll.

wurden Montagabend auf den der S.P.D. angehörenden Arbeiter Hoffmann mehrere Schüsse abgegeben, durch die er schwer verletzt wurde. Dienstagmorgen ist er im Görlitzer Krankenhaus verstorben.

Diensstag früh nach Mitternacht wurde von bisher unbekanntem Täter in die Geschäftsräume des Konsumvereins in Heidersdorf (Kr. Lauban) eine Flasche mit einer Fülligkeit und eine Handgranate

## Die Forderung der NSDAP.: Hitler oder Kampf

**11. München, 9. August.** Die „Nationalsozialistische Parteiforrespondenz“ bringt unter der Überschrift: „Regierungsabstimmung gemäß dem Wahlergebnis oder erneute Sabotage des Volkswillens“ u. a. folgende Auslassungen: Auf Grund der Ermächtigung des Reichspräsidenten hat der Reichsanwalt den Reichstag aufgelöst, nicht um sich die Notwendigkeit eines Präsidialkabinetts beständigen zu lassen, sondern ausdrücklich deshalb, weil die Zustimmung des Reichstages im Hinblick auf das stämmige Anwachsen der NSDAP. nicht mehr dem Willen des Volkes entsprach. Die Regierung von Papen, berufen zur Lösung einer festungsgrenzen Aufgabe — nämlich der, den Willen des Volkes verfassungsmäßig festzustellen und damit die Voraussetzungen zu schaffen für eine starke im Volk verankerte Reichsregierung — stand am 31. Juli außerhalb der Diskussion. Durch den Ausfall der Reichstagswahl ist der Wille des Volkes, der die Nationalsozialistische Bewegung endlich in der Führung des Staates sehen will, erneut eindeutig festgelegt worden. Das deutsche Volk hat dem bisherigen System sein vernichtendes Mißtrauen, dagegen der nationalsozialistischen Bewegung und ihrem Führer Adolf Hitler einen Beweis seines Vertrauens ausgesprochen, der in der deutschen Geschichte einzig dastehet. Dieser überwältigende Vertrauensbeweis kann jeiner verfassungsmäßigen und politischen Niederlegung nicht in einer gnädig zugefügten und ausreichenden Befreiung der Regierung finden, sondern nur darin, daß der Führer der nationalsozialistischen Bewegung vom Reichspräsidenten zur Führung eines Reichskabinetts der Persönlichkeiten berufen wird, das der Stärke und Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung Rechnung trägt. Parteilosi-

tische Mißgunst und persönliche Schwierigkeiten aber, die sich einer solchen, dem Sinne der Verfassung entsprechenden Lösung entgegenstellen, sind da, um überunden zu werden. Die Auffassung des Herrn Reichspräsidenten, den Charakter des Reichskabinetts als einer überparteilichen Regierung aufrecht zu erhalten, liegt durchaus auf der Linie der Auffassung der NSDAP., die seine Arbeit, sondern Volksbewegung im besten Sinne ist, und ist ihrem Befehlen unmaßstäblich für eine parteilichgebundene, aber im Volkswillen verwurzelte Regierung kämpft. Jeder Versuch einer Regierungsabstimmung nach anderen als diesen organischen Maximen, die heute im Reich politisch durchführbar sind, betrachtet die NSDAP. als erneute Sabotage des erklärten Volkswillens, der ihr unparteilicher Kampf gelte wird.

### NSDAP. und Zentrum.

**11. München, 9. August.** In der „Nationalsozialistischen Parteiforrespondenz“ beschäftigt sich Reichstagsabgeordneter Florian mit dem Erfolg der nationalsozialistischen Erziehungsbewegung. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß dem Zentrum die sichere Schlüsselstellung durch den Nationalsozialismus zunehmend verloren sei. Für das Zentrum blieben nunmehr zwei Wege übrig: Entweder es giehe wieder in Schlüsselstellung und bekomme sich offen zur Sache des Volkswillens und es übernehme das Schicksal des politischen Treibholzes auf dem Etrom des erwachenden Deutschland. Ein Zurück zu der letzten Arbeit auf dem Boden der politischen Dummheit Deutschlands gäbe es nicht mehr. Der Nationalsozialismus sei des Zentrums stärkster und gefährlichster Feind; er liege nicht mit der deutschnationalen oder Deutschen Volkspartei zu vergleichen.

schleubert. Es wurde geringer Sachschaden an-  
gerichtet.  
Auf die Verteilungsstelle des Konsumvereins in  
Mart-Bissa wurden in der Nacht zum Dienstag  
mehrere Revolverstücke abgegeben, die eine Schau-  
fensterreihe durchlöcheren und geringen Sach-  
schaden anrichteten. Personen wurden nicht verletzt.

### Aufruf des Leiters des Gaues Ost- preußen der NSDAP

T.II. Königsberg, 9. Aug. Der Leiter des Gaues  
Ostpreußen der NSDAP, Erich Koch, veröffentlicht  
in der „Preussischen Zeitung“ einen Aufruf, in dem  
er alle Parteigenossen, besonders die SS- und SA-  
Leute, auffordert, unter allen Umständen die Herren  
zu befehlen, die Disziplin zu bewahren. Er erwartet  
von allen Angehörigen der Partei, daß sie den Be-  
fehlen, vor allem der Polizei, keinerlei Schwierig-  
keiten machen, wenn diese ihres Amtes warten.

### Politische Rundschau

#### Wie lange noch?

##### Hochverratsreden im Parlament.

Die bevorstehenden Vollkammern des Reichs-  
tages und des preussischen Landtages werden zweifel-  
los wieder recht heftige Reden der Kommunisten  
bringen. Schon bisher war man geneigt, daß sie,  
gestützt auf die Immunität der Parlamentarier, in  
ihren Reden ihre Gewalttätigkeiten nahezu unerschrocken  
zum Ausdruck bringen. Fast jede dieser Reden im Par-  
lament endete mit der Aufforderung an die Massen,  
den gemeinsamen Unfluch herbeizuführen. Die Präsi-  
denten der Parlamente sind bisher auf Grund der  
Geschäftsordnung gegen solche Ausführungen, die  
zweifellos die Sicherheit des Staates gefährden, nicht  
eingeschritten. Gar mancher Tribünenbesucher hat  
deswegen oft verundet den Kopf geschüttelt. Die  
Kammmittel der Präsidenten des Reichstages und des  
preussischen Landtags ist wirklich bis an die Grenze  
des Möglichen gegangen. Es ist kaum anzunehmen,  
daß unter den neuer Präsidenten in diesen beiden  
größten Parlamenten Deutschlands dieselben Gespen-  
stlichkeiten betreiben werden. Es ist zu erwarten,  
daß gegen derartige kommunistische Ausprägungen,  
die offen eine Gewalttätigkeit empfehlen, mit  
einem Witz der Geschäftsordnungen eingeschritten  
werden wird.

#### Wiedererwennung entlassener national- sozialistischer Beamter.

T.II. Berlin, 9. Aug. Zu der Frage, was aus  
den preussischen Beamten werden sollte, die von der  
vorigen preussischen Regierung wegen ihrer Zugehörig-  
keit zur NSDAP, bzw. wegen ihrer national-  
sozialistischen Einstellung diszipliniert worden sind,  
wird von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß die ein-  
zelnen Fälle geprüft werden. Es besteht durchaus  
die Absicht, solche Beamten im Dienst wieder zu ver-  
wenden.

#### Brüning nicht Nachfolger des Prälaten Raas.

Die „Weltbürgerzeitung“ behauptet, die  
schwerste Bestimmung zu machen, daß unter  
verhörter Parochie Raas noch immer ernstlich  
erwartet ist. Wir werden demnach damit zu rechnen  
haben, daß zu unserem größten Bedauern Dr. Raas  
die Führung niedertreten wird. Wer ein Nachfolger  
werden kann oder soll, darüber ist noch keine Ent-  
scheidung, noch nicht einmal eine Vorentscheidung ge-  
troffen. Wir sind autorisiert, mitzuteilen, daß  
Reichsgraf a. D. Brüning weder für den Posten  
eines Parochieleiters, noch für den eines Fraktions-  
führers in Betracht kommen wird.

#### Die Hakenkreuzflagge auf dem mecklenburgischen Landtag.

T.II. Schwerin, 9. Aug. Auf Anordnung des  
Präsidenten des mecklenburgischen Landtages,  
des nationalsozialistischen Wlg. Krüger, ist am  
Dienstag auf dem Landtagsgebäude die Hakenkreuz-  
flagge neben der mecklenburgischen Landesflagge  
gehisselt worden. Wie wir hören, wird das mecklenbur-  
gische Landtagsgebäude in künftigen kommenden  
Landtagssitzungen diesen Flaggen schmückung tragen.

#### Schleicher über Abrüstung und Gleich- berechtigung

Nach amerikanischen Meldungen hat der Reichs-  
wehramtler A. Schleicher der „Newport Times“  
ein Interview gegeben, das nach einleitenden in-  
terpolitischen Betrachtungen auf wichtige außenpoliti-  
sche Fragen eingeht.

„Wir werden“, so erklärte Schleicher, „erst dann  
in Deutschland wieder stabile Verhältnisse haben,  
wenn die deutsche Regierung dem Volke beweisen  
kann, daß sie die gleichen Rechte besitzt, wie jeder  
andere Staat der Welt. Es gibt keine wichtigere  
Frage für die deutsche Politik nach innen und  
außen, als die der Gleichberechtigung. Die Reichs-  
regierung ist entschlossen, diese Frage in der näch-  
sten Zeit zur Lösung zu bringen.“

Die Abrüstungskonferenz hat sechs Monate ge-  
dauert und dann eine Entschleunigung gefordert, die  
die Abrüstung bringt, noch die Gleichberechtigung  
anerkannt. Ueber die Vorschläge des Präsidenten  
Hoover, die geeignet gewesen wären, die Abrüstung  
ein großes Stück vorwärts zu bringen, hat man  
freundliche Worte gesagt, aber man hat keine ihrer  
wichtigsten Bestimmungen in die Schlussresolution  
aufgenommen. Deutschlands selbstherrliche Forder-  
ung nach Gleichberechtigung ist nicht berücksich-  
tigt worden, obwohl doch die Abrüstungskonvention  
nur dann einen Wert hat, wenn sie von gleichbe-  
rechtigten Partnern freiwillig unterschrieben wird.  
Deutschland hat daher die Entschleunigung abgelehnt.

Die Reichsregierung wird nicht eher wieder Ber-  
treter nach Genf schicken, bevor nicht die Frage der  
Gleichberechtigung im deutschen Sinne gelöst ist. In  
dieser Frage gibt es bei uns keinen Unterschied der  
Parteien. Keine deutsche Regierung wird eine Ab-  
rüstungskonvention unterzeichnen können, die  
Deutschland nicht in allen Dingen die gleichen Rechte  
gibt, wie allen anderen Staaten.“

„Entweder müssen die Entwaffnungsbestimmun-  
gen des Versailler Vertrages auf alle Mächte ange-

wendet werden, oder aber man muß Deutschland das  
Recht zubilligen, sein Wehrsystem zu ausbauen,  
daß es seine nationale Sicherheit gewährleistet. Wir  
wollen die Sicherheit unserer Nachbarn nicht be-  
drohen. Wir unterstützen jede Abrüstungsmaß-  
nahme. Aber wir verlangen auch für uns Gleich-  
berechtigung, Freiheit und Sicherheit.“

### Die Arbeitsmarktfrage im Reich

5,4 Millionen Arbeitslose.

T.II. Berlin, 9. Aug. Ende Juli betrug die Zahl  
der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen  
rund 5 393 000. An der Arbeitslosenversicherung  
wurden bei 757 000, in der Arbeitslosenversicherung  
Hauptunterstützungsempfänger gezählt. In beiden  
Unterstützungskategorien zusammen wurden rund  
2 111 000 Arbeitslose unterstützt. Die Zahl der Wohlfahrts-  
erwerbslosen betrug am gleichen Stichtag rund  
2 224 000. Sie ist also seit Anfang Juli um rund  
60 000 gestiegen, doch ist zu berücksichtigen, daß die  
neuen Bestimmungen der Wohlfahrtsüberverord-  
nung, die eine Einschränkung dieses Personenkreises  
bringen, in der Berichtzeit noch keine Anwendung  
gefunden haben. Seit Mitte Juli hat die Zahl der  
Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern um rund 99 000  
abgenommen.

### Planmäßiger Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes

T.II. Berlin, 9. Aug. Der Reichskommissar  
für den freiwilligen Arbeitsdienst gibt jetzt die seit  
der Verordnung vom 16. Juli 1932 ermittelten ersten  
statistischen Ergebnisse bekannt. Danach ist die Zahl  
der beschäftigten Arbeitsdienstwilligen von 70 000  
Anfang Juli bereits bis Anfang August um etwa  
25 000 gestiegen.

Nach den Absichten des Reichskommissars soll die  
Zahl der Arbeitsdienstwilligen innerhalb kürzester  
Zeit noch vor Eintritt des Winters zunächst auf  
rund 200 000 gesteigert werden. Diese Steigerung  
soll eine planmäßige Erweiterung aller für den frei-  
willigen Arbeitsdienst in Betracht kommenden  
Arbeitsmöglichkeiten voraus. Der Reichskommissar  
hat daher wegen der Bereitstellung von Arbeits-  
möglichkeiten Verhandlungen mit den in Betracht  
kommenden Verwaltungsbehörden und gemeindefreien  
Verbänden aufgenommen und sie zur tat-  
sächlichen Mitarbeit aufgerufen. Von anderen Stellen  
ist ihm diese Hilfe und Mitarbeit bereitwillig zu-  
gelagt worden. Auch mit den großen gemeinnützigen  
Verbänden und Abteilungen, die neben den gemein-  
nützigen Körperchaften als Träger der Arbeit in  
Betracht kommen, ist der Reichskommissar weit-  
gehend in Fühlung getreten. Ebenso sind bereits  
Verhandlungen mit den Kreisen der Wirtschaft in den  
nächsten Tagen in Aussicht genommen. Gleichzeitig  
hat der Reichskommissar die Bezirkskommissare an-  
gewiesen, alles zu tun, um Arbeitsmöglichkeiten zu  
schaffen, enge Fühlung mit allen Reichs- und  
Landesbehörden zu halten und auf diese Weise eine  
zwar unübertreffliche, aber doch planmäßige Durch-  
dringung der Arbeitsmöglichkeiten größerer Bezirke  
zu sichern. Durch ständige Beratung und Förderung  
der beteiligten Stellen und Verbände sollen ver-  
meidbare Reibungen und unnötige Verwaltungs-  
arbeit beseitigt werden. Die Bemühungen des  
Reichskommissars richten sich zunächst auf die sofor-  
tige Zurechtverfügungstellung von Arbeitsmöglichkeiten  
für die nächsten Monate. Darüber hinaus sollen  
sich schon jetzt Vorbereitungen getroffen werden, um im  
kommenden Frühjahr, sobald es die Witterung nur  
irgendwie gestattet, die Außenarbeit im freiwilligen  
Arbeitsdienst auf breiterer Grundlage aufzunehmen.  
Durch die bestreute enge Zusammenarbeit der Be-  
zirkskommissare mit allen Verwaltungsbehörden  
wird in naher Zeit ein Gesamtüberblick aller im  
Reichsgebiet vorhandenen größeren Arbeitsgelegen-  
heiten auf weitere Sicht möglich sein.

### Zur Aufstellung von Selbstschutz- organisationen

T.II. Berlin, 9. Aug. Zu den Pressemeldungen  
über die Aufstellung von Selbstschutzorganisationen  
in Braunshweig wird von zuständigen Berliner  
Stellen mitgeteilt, von Seiten des Reichswehramts  
keine besonderen Meinungen nach. Es besteht  
dabei, daß Parteiformationen keine Polizeifunk-  
tionen haben dürfen. Im übrigen werde die Angelegen-  
heit noch untersucht.

### Kein Versammlungsverbot am Verfassungstag

T.II. Berlin, 9. August. Die Verordnung des  
Reichspräsidenten vom 29. Juli (Burgfriedensver-  
ordnung), die ein Verbot von politischen Versammlun-  
gen bis zum 10. August vorsieht, wird nach der  
neuen Anordnung von Dienstag erst wieder vom  
12. bis einschließend 31. August in Kraft getreten. Der  
11. August, der Verfassungstag, ist ausdrücklich aus-  
genommen, so daß also für diesen Tag ein Ver-  
sammlungsverbot nicht besteht.

### Klara Zetkin

Es ist nicht mehr daran zu zweifeln: Klara Zetkin  
wird am 30. August als Alterspräsidentin den neu-  
gewählten Deutschen Reichstag eröffnen. Frau Zetkin  
wird sich zu diesem Zweck eigens von Moskau nach  
Berlin begeben, um nach erfüllter Arbeit in ihre  
rote Wohnheim, ins Comptemporadies, zurückzufeh-  
ren. Man kann fragen, wie und warum es über-  
haupt nötig sei, daß eine Moskauer Ehrenbürgerin  
als deutsche Volkstribüne in den Reichstag gelte.  
Aber das ist ja nun einmal so, und wir wissen  
schon lange, daß mancher, der nach dem Willen  
der Reichsregierung nur sich, jeinem Gewissen und  
seiner Ehre verantwortlich ist, auch als Reichs-  
tagsabgeordneter seine Weisungen aus Moskau  
erschilt und entgegennimmt. Viel Gedrängtes  
die Kommunisten übrigens von ihrer neu eroberten  
parlamentarischen Stärke nicht machen zu wollen,  
denn sonst würden sie sich nicht den Luxus einer Ab-  
geordneten leisten, die nur zu besonders feierlichen  
Anlässen aus Moskau herbeigeht. Klara Zetkin  
selbst dürfte schlecht beraten sein, wenn sie sich  
ihrer Partei zu der offenbar beschleunigten Demon-  
stration zur Verfügung stellt, denn nationalsozialisti-

che Zeitungen haben schon darauf hingewiesen, daß  
mit der kommunistischen Präsenz im neuen Reichstag  
zu verhindern wissen werde.

### Der Hochverratsprozess

gegen die judendeutschen Nationalsozialisten.

T.II. Brinn, 9. August. Am Hochverratsprozess  
gegen die judendeutschen Nationalsozialisten wurden  
am Dienstagvormittag vier Angeklagte, nämlich der  
Lehrer Dornhäuser, der wegen seiner Verhaftung  
entlassene Affizant an der Technischen Hochschule in  
Prag, Ingenieur Heider, und die Studenten Schwab  
und Ailing, vernommen. Sie erklären sich sämtlich  
für nicht schuldig, weil sie im Sinne der Anklage an  
irgendwelchen Anschlägen gegen die Tschedolowatei  
nicht teilgenommen hätten und von solchen auch nicht  
wüßten. An dem Sinne aber betonen sie sich schuldig,  
daß sie als ihre politische Überzeugung die  
staatsrechtliche Erklärung aller judendeutschen  
Parteien vom Jahre 1920 anerkennen, die vom  
Reichspräsidenten im Jahre 1925 im Prager  
Parlament wiederholt worden ist. Sie erklären  
überdies, daß sie der nationalsozialistischen Weltanschauung  
angehörten. Eine organisatorische  
Verbindung mit der nationalsozialistischen Partei im  
Reiche bestreue aber nicht und habe auch nicht be-  
standen. Es wurde im Gegenteil von der Zeitung  
der nationalsozialistischen Jugend und des Volkspor-  
tverbandes in der Tschedolowatei bzw. vom Abge-  
ordneten Krebs ausdrücklich verboten, solche Verbin-  
dungen anzuknüpfen.

Ingenieur Heider erklärte u. a.: In Stier vere-  
ich den Führer der größten politischen Be-  
wegung im deutschen Volk, die es überhaupt ge-  
geben hat. Das politische Ziel der Subtendenzen  
aber ist die Selbstverwaltung der Subtendenzen im  
Rahmen der Tschedolowatei.  
Lehrer Dornhäuser zeigte als typisch für die ge-  
samte nationalsozialistische deutsche Bewegung seine  
Entwidelung auf, wie er als Volksschullehrer in einem  
kleinen Arbeiterort mit verarmter Jugend zur  
nationalsozialistischen Jugendbewegung gelangt sei,  
um die Jugend zur Liebe für Volk und Heimat, zur  
Naturerkenntnis und zur körperlichen Erziehung  
zu erziehen. Unter großer Heiterkeit wies er darauf  
hin, daß die Anklagechrift aus der Abklärung W. S.  
Weidlich (Verbandschef Weidlich) eine „Vols-  
sportgruppe Weidlich“ gemacht habe.

Der Verteidiger Dr. Stark erklärte, die Ver-  
bandschef Weidlich persönlich zu kennen. Mit  
solchen Mitteln würden von Weidlich und Staats-  
anwalt die Gründe gegen die jungen National-  
sozialisten konstruiert. Die besonders dem Ange-  
klagten Ailing zur Last gesetzte Führung einer an-  
geklagten militärischen Nachbildung des Volkspor-  
t am Donnerstag habe sich als ein Auszug vom  
Sonnenagang mit nachfolgendem Schweinejagd-  
fest in einem Gasthaus herausgestellt.  
Der Vorang des Prozesses enthielt in gerade-  
zu erschreckender Weise die Leichfertigkeit der schied-  
lichen Anklagechrift, die die schwere Befugigung  
des Hochverrats gegen junge Subtendenzen enthält,  
ohne inconste zu sein, sie auch nur im geringsten  
einer anderen Handlung beschuldigen zu können.

### Unberörter Abergreif eines französischen Zollbeamten

Er misshandelt einen Deutschen.

T.II. Saarbrücken, 9. August. In der Nacht zum  
Dienstag hat sich ein französischer Zollbeamte in  
Saarbrücken bei der Verhaftung eines deutschen  
Arbeiters, der wegen eines unerhörten Vorfalls abge-  
sperrt, der Redakteur der „Merziger Volkszeitung“,  
A. Weller, kam mit seinem Kraftwagen von einer  
Dienstfahrt aus der Richtung Lothringen. An der  
Zollstelle wurde der Wagen von den beiden ar-  
beitslosen französischen Zollbeamten einer Durch-  
suchung unterzogen. Danach entstand eine heftige  
Meinungsverschiedenheit, wahrscheinlich deshalb,  
weil einer der Zollner in französischer Sprache an  
Weller eine Frage gerichtet hatte, die aber von  
diesem nicht verstanden und deshalb nicht beant-  
wortet wurde. Anschließend aus Mut hierüber rief  
der Beamte den Redakteur aus dem Wagen, schlepte  
ihn in das Zollhaus und verließ ihn, nachdem  
das Licht gelöscht hatte, so lange tauschlos, bis  
Sukhrith, bis Weller bewußlos zu Boden sank.  
Ein herbeigekommener Arzt ordnete seine sofortige  
Überführung ins Krankenhaus an. Anzeiger der  
Saarstaatsverwaltung wurde erstattet. Der Zoll-  
beamte, der der Militärgerichtsbarkeit untersteht,  
konnte bisher noch nicht verhaftet werden.

### Neues aus aller Welt

#### Furchtbarer Unfall eines Kindes.

T.II. Athen, 8. Aug. Auf dem Ebert-Ring  
ereignete sich ein gräßlicher Unglücksfall. Dort lagern  
große Gremotoren, die von der Post für unter-  
irdische Leitungen benutzt werden. Kinder rollen die  
Röhren beim Spielen hin und her. Die fünfjährige  
Tochter des Arbeiters Kleinod war in eine dieser  
Röhren, hinein gestiegen und ließ sich fortrollen. Dabei  
fiel die Röhre mit gewaltiger Wucht gegen eine  
andere und stürzte in sich zusammen. Die gewaltigen  
schweren Trümmer fielen auf das Kind und richteten  
es entsetzlich zu. Es wurde in hoffnungslosem Zu-  
stand ins Krankenhaus eingeliefert.

#### Felsabsturz bei Baharath.

T.II. Baharath, 8. Aug. Am Sonnabendabend  
fielen sich bei Baharath in 100 Meter Höhe in der  
Nähe der Engelsburg mehrere Tausend schwere Stein-  
blöcke. Sie durchschlugen sämtliche Telefonleitungen  
der Eisenbahntrasse und fielen auf den Bahnhöfen.  
Der Ausbruch war so heftig, daß eine Eisenbahn-  
station nach rechtzeitig angehalten werden, so daß ein  
Unglück vermieden wurde. Erst nach mehrstündiger  
Arbeit konnte der Verkehr wieder aufgenommen  
werden.

Luftkrafwagen mit Hochzeitsgesellschaft umgestürzt.  
Sechs Schwerverletzte.

T.II. Berlin, 8. Aug. Am Montag ereignete sich

in Wien Beilins ein schwerer Unglücksfall. Ein mit  
einer Hochzeitsgesellschaft besetzter Luftkrafwagen  
geriet beim Überfliegen eines Radfahrers ins Schling-  
en und kippte um. Hierdurch erlitten sechs Beilins  
zu schwere Verletzungen, daß sie in ein Kranken-  
haus überführt werden mußten.

### Das Gefährnis des Raumborders auf dem Strohbeck.

T.II. Baharath, 9. August. Auf der Landstraße  
bei Weidenbach wurde ein Landwirt schwer er-  
krankt aufgefunden, ein im Jahre 1875 in Frankfurt  
an der Oder geborener Arzt Augustin. Man  
schloß ihn ins Krankenhaus in Boppard, wo er  
einer Operation unterzogen werden sollte. Kurz  
vor der Operation bat er den Arzt und den Pfleger  
zu sich und legte — in der Annahme, daß er noch  
sterben müsse — ein Gefährnis ab, daß er mehrere  
Raumborder auf dem Strohbeck habe. Er gestand,  
zwei Raumborder in der Nähe von Oppeln und einen  
in der Markt Brandenburg ausgeführt zu haben.  
Drei Personen sind diesen Raumborder zum Opfer  
gefallen. Im ganzen will Augustin bei den Lebenden  
fallen etwa 1000 A. reuiter haben.

### Die Leide eines Justizoberwachmeisters aus dem Rhein gezogen.

T.II. Koblenz, 9. August. Am Dienstag förder-  
ten mehrere Leute beim Gehen im Rhein eine  
männliche Leiche zutage. Die Ermittlungen ergaben,  
daß es sich um einen seit Montag vermissten Justiz-  
oberwachmeister aus Koblenz handelt. Allem An-  
schein nach dürfte der Beamte überfallen worden  
sein, denn seine Sachen waren umgedreht und sämt-  
liche Wertgegenstände fehlten.

### Berliner Student wegen Falschmünzerei auf Rügen verhaftet.

T.II. Binz (Rügen), 9. August. Am Sonntag-  
abend wurde in Binz ein Berliner Student  
Schwandt festgenommen, der sich 14 Tage lang in  
die Sagan-Gebirge und Binz aufgehalten und durch die  
Ausgabe von falschen Fünfmarkstücken verächtlich  
gemacht hatte. Bei der Verhaftung hatte er noch  
sechs Falschstücke bei sich. Der Festgenommene  
wurde am Montag zur weiteren Untersuchung ins  
Amtsgericht Bergen überführt, wo er am Dienstag  
vormittag vernommen wurde. Dabei gab er an,  
die Falschstücke mit einer Gipsform und aus Zinn  
in seiner Berliner Wohnung selbst hergestellt zu  
haben. Die Berliner Kriminalpolizei ist inzwischen  
verpflichtet worden und prüft die Angaben nach.  
Einige in der Begleitung des Falschmünzers ge-  
sehene Personen wurden vernommen. Es ergaben  
sich jedoch keine Anhaltspunkte für einen Verdacht.

### Sohn erwürgt seinen Vater. Zwei Opfer eines Familienstreites.

T.II. Böttrop, 9. August. Eine blutige Familien-  
tragödie, der zwei Menschenleben zum Opfer fielen,  
spielte sich in der Nacht zum Montag in Böttrop  
ab. Der 20jährige Bergmann Franz Rabella, der  
seit langem mit seinem 60 Jahre alten Vater, einem  
streitsüchtigen und dem Trunk ergebenen Menschen,  
in Streit lag, drang nach einer ausgedehnten Wä-  
gereise zusammen mit seinem ausgedehnten Vater  
Bergmann Josef Simon, in die Wohnung seines  
Vaters ein. Hier spielte sich im Dunkel der Nacht  
ein schwerer Kampf ab. Der Sohn sprang auf  
seinen Vater zu und zwang ihn, untertänig zu  
seinem Freund, auf das im Zimmer liegende Bett.  
Der kräftige Mann wehrte sich verzweifelt und griff  
zu einem Brotmesser, mit dem er dem Simon  
mehrere Wessertische beibrachte. Der Sohn hielt  
den Vater die Kehle zu und wirgte ihn so zu Tode.  
Der Freund des Mörders hatte neben anderen  
Stücken einen schweren Bauchhieb erlitten, der  
seinen baldigen Tod herbeiführte. Der Täter wurde  
verhaftet.

### Familientragödie. — Fünf Todesopfer.

T.II. Werba (Sachsen), 9. August. Am Dien-  
stagmorgen wurde in einem Hause starker Gasgeruch  
bemerk. Als die Polizei durch ein Fenster in die  
Wohnung drang, fand man den 37jährigen erwerbs-  
losen Arbeiter und früheren kommunikativen Stadt-  
verordneten Träger, dessen 27jährige Ehefrau, die  
beiden fünf- und siebenjährigen Kinder und eine  
17jährige Freundin des Mannes durch Gas vergiftet  
tot auf. Die Tat ist in vollem gegenseitigen  
Euerdiannis der erwachsenen Personen erfolgt.  
Der Beweggrund dürfte in zerrütteten Familien-  
verhältnissen zu suchen sein.

### Deutsche Vorränge in Los Angeles

T.II. Los Angeles, 9. August. Der Beginn der  
olympischen Motorenböjampfe brachte gleich zwei  
deutsche Siege. Auch die Ruderbootregatta nahm  
am Dienstag ihren Anfang. Deutschlands Sculler Boggi  
ist leider an Grippe erkrankt und konnte daher bei  
einer nicht betretenen, während sich der deutsche Vierer  
mit Steuerermann für den Einlauf qualifizierte. —  
Deutschlands Wasserballmannschaft vermachte gegen  
Venezia nur unentschieden zu spielen.

### Professor Piccard

#### über den bevorstehenden Startosphärenflug.

T.II. Zürich, 9. August. Professor Piccard hatte  
am Dienstag die in- und ausländischen Pressever-  
treter zu einer Besprechung eingeladen, in der er  
Mittelungen über den bevorstehenden Starto-  
sphärenflug machte. Nachdem sich eines der wichti-  
gen Instrumente am Dienstagmorgen als un-  
fähig erwiesen habe, mußte dieses noch genau unter-  
sucht werden, um eine möglicherweise weitere  
größere Ausbesserung notwendig. In diesem Falle  
würde der Aufstieg frühestens in 14 Tagen er-  
folgen. Am günstigsten Fall aber erst in den letzten  
Tagen dieser Woche. Professor Piccard legt be-  
sondere Gewicht darauf, daß es sich bei seinem Auf-  
stieg um ein wissenschaftliches Unternehmen handelt  
und nicht etwa um ein sportliches Ereignis. Das  
bedinge einerseits, daß er den Aufstieg nur unter-  
nehme, wenn die wissenschaftlichen Instrumente voll-  
ständig in Ordnung seien, und andererseits, daß er  
von seinem Vorhaben zurücktreten müsse, sobald die  
atmosphärischen Verhältnisse ungünstig werden wür-  
den. Ammerlin hofft Professor Piccard, daß er  
trotz der jetzigen Schweißarbeit das neue große  
Unternehmen zu Ende bringen zu können.











